

Antworten des Landesverbandes DIE LINKE Brandenburg auf die Wahlprüfsteine von Campus Camping

1. Planen Sie, den Studierendenwerken des Landes eine Kreditermächtigung zu gewähren, wie es bereits in anderen Bundesländern der Fall ist?

Ja, wir halten die Kreditermächtigung der Studierendenwerke für sinnvoll.

2. Die Herausforderungen für Studierende variieren je nach Stadt: In Frankfurt (Oder) ist die Unterbringungsquote hoch, jedoch die Wohnqualität schlecht, während in Potsdam die Unterbringungsquote sehr niedrig ist. Welche gezielten Maßnahmen planen Sie, um sowohl Renovierungen als auch Neubauten zu fördern?

Bezahlbarer, Campus naher Wohnraum ist die Voraussetzung für ein erfolgreiches Studium. Fehlt dieser, kann es schnell zu einer sozialen Frage werden, wer sich ein Studium überhaupt leisten kann. Deshalb brauchen die Studierendenwerke nicht nur eine eigenständige Förderrichtlinie für studentischen Wohnraum, sondern müssen durch das Land mit ausreichend finanziellen Mitteln, die unbürokratisch abrufbar sind, gefördert werden. Außerdem müssen das Land, die Kommunen und die Studierendenwerke gemeinsam nach geeigneten Flächen für den Bau zusätzlicher Plätze suchen und das Land ggf. Flächen ankaufen. Der Sanierungsstau muss sowohl in den Wohnheimen, als auch in den Mensen und Cafeterien abgearbeitet werden.

3. Planen Sie die Einführung einer eigenständigen Förderrichtlinie für studentisches Wohnen oder andere Fördermaßnahmen, um die Studierendenwerke zu unterstützen?

Ja! Als Linke haben wir bereits in der jetzt endenden Wahlperiode die Einführung einer eigenen Förderrichtlinie für studentisches Wohnen gefordert ([Drucksache 7/9082](#)). Wir haben die Wohnraumsituation von Studierenden in den zuständigen Fachausschüssen auf die Agenda gesetzt und werden auch weiterhin Druck machen. Die Wohnraumsituation ist ein Desaster und, der endlich politisch begegnet werden muss.

4. Eine Befragung von fast 1600 Studierenden in Potsdam ergab, dass 57% nach Abzug der Warmmiete unter dem Existenzminimum leben. Welche Maßnahmen planen Sie, um sicherzustellen, dass Studium und Armut nicht Hand in Hand gehen?

Als Linke fordern wir bundesweit ein elternunabhängiges, nicht rückzahlungspflichtiges BAföG, das sicherstellt, dass Studierende nicht unter dem Existenzminimum leben. Außerdem wollen wir alle Kosten im Zusammenhang mit dem Studium minimieren: Lehrmittel müssen zur Verfügung gestellt statt jedes Mal teuer erworben zu werden, die Mensa-Preise müssen genauso leistbar sein wie das Semesterticket und natürlich muss bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung stehen. Außerdem treten wir dafür ein, dass Pflichtpraktika vergütet werden. Es kann nicht sein, dass Studierende vor die Wahl gestellt werden, ein unbezahltes Praktikum in Vollzeit zu absolvieren, um den Abschluss zu erreichen, oder das Studium abbrechen zu müssen, weil Vollzeitpraktikum und existenzsichernde Erwerbstätigkeit neben dem Studium unvereinbar sind.

5. Auf dem deutschen Immobilienmarkt gibt es erhebliche Probleme mit Geldwäsche. Laut einem Bericht der Organisation Transparency International fließen etwa 15 Milliarden Euro jährlich in Deutschland in Geldwäsche. Planen Sie auf Landesebene Maßnahmen, um gegen diese Problematik vorzugehen?

Wohnen ist ein Grundrecht, mit dem niemand Profit machen können sollte. Dafür kämpfen wir als Linke auf allen politischen Ebenen. Wir finden, dass Spekulanten und profitgetriebenen Immobilienunternehmen nichts auf dem Wohnungsmarkt zu suchen haben. Ihnen muss mit klaren und harten gesetzlichen Regelungen Einhalt geboten werden. Unsere Partner sind gemeinwohlorientierte Akteure, wie Genossenschaften, kommunale Wohnungsunternehmen, Anstalten des öffentlichen Rechts wie die Studierendenwerke und andere. Sie wollen wir aktiv fördern und unterstützen. Zu diesem Zweck fordern wir die Einführung einer wirkungsvollen neuen Wohngemeinnützigkeit. Um im Ernstfall als Kommune die Interessen der Stadtgesellschaft schützen und verteidigen zu können, wollen wir das Brandenburgische Enteignungsgesetz erweitern. So sollen Enteignungen auch aus sozialen Gründen möglich sein.